

Stadtrat Magdeburg

Rede zur aktuellen Debatte zum Umgang mit Corona-Regeln

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,

seit nunmehr zwei Jahren wird versucht, ein Atemwegsvirus auszurotten. Nach zwei Jahren wird es Zeit zu erkennen, dass jeder derartige Versuch zum Scheitern verurteilt ist. Viele der staatlichen Maßnahmen, welche meine Fraktion heute grundsätzlich in Frage stellt, haben keine nachweisbaren Effekte gehabt.

Als wir 2020 die sogenannte erste Welle erlebten, standen wir ohne die Möglichkeit einer Impfung da. Den Menschen wurde versprochen, mit der Impfung kehren wir zur Normalität zurück. Heute mit einem Impfstatus von ca. 75% der Bevölkerung und Menschen, die sich zum dritten Mal haben impfen lassen, können wir keine positive Veränderung des Infektionsgeschehens feststellen. Die Politik ist mit fast allen gesundheitspolitischen Maßnahmen kläglich gescheitert.

Aber weil Fehler nicht zugegeben werden, hat sich die Politik in eine Sackgasse manövriert, in welcher sie mit weiteren unlogischen, sich widersprechenden Maßnahmen, Angst und Panik verbreitet und zunehmend an Glaubwürdigkeit verliert. Die Medien begleiteten dieses Scheitern fast unterwürfig und werden inzwischen von immer mehr Menschen als Machtmittel der Regierenden wahrgenommen.

Wären die Medien ihrer Aufgabe der kritischen Begleitung von Regierungsentscheidungen nachgekommen, dann wäre der Spuk

wahrscheinlich schon beendet. Nun werden sie in der nächsten Zeit Mühe haben, ihre Scham darüber weiter zu vertuschen.

Nach wie vor weigert sich die Politik zuzugeben, dass die Infektionen der Atemwege in Wellen auftreten, welche von selbst wieder abklingen. Als in der Grippewelle 2017/2018 allein in Deutschland ca. 25.100 Menschen am Grippevirus verstarben und die Welle von allein wieder abklang, wurde das von Politik und Medien nicht mal zur Kenntnis genommen.

Heute behaupten Politik und Medien, dass die Maßnahmen gegriffen hätten, die aktuelle Welle jetzt abflaut und wir uns aber schon vor der nächsten zu fürchten hätten. Das meine Damen und Herren ist nichts anderes als das Spiel mit der Angst und das haben die derzeit Regierenden inzwischen als ihr Mittel der Wahl erkannt.

Wir wollen nicht vergessen, auch heute, wo die sogenannten „Inzidenzen“ über die „alternativlosen“ Einschnitte in die Freiheit der Menschen, der Familien, der Betriebe und Unternehmen einschneidet, haben über 99% der Bevölkerung kein Risiko an diesem Virus zu sterben oder auch nur ernsthaft zu erkranken. Und nochmal, es gibt keinerlei belastbare Untersuchungen dazu, dass die restriktiven Corona-Maßnahmen der Regierung einen vertretbaren Nutzen bei dem unvertretbar hohen volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufwand erbracht hätten. Im Gegenteil. Wir müssen inzwischen eine überbordende, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben abschnürende Corona-Bürokratie konstatieren, welche an ihrer eigenen Aufgabe verzweifelt und scheitert.

Seit dem 04.10.2020 haben mehr als 60.000 Wissenschaftler und Mediziner die „Barrington-Erklärung“ unterzeichnet. Sie empfiehlt im Rahmen der [COVID-19-Pandemie](#) den „gezielten Schutz“ der Risikogruppen. Den Jungen und den Personen mit einem geringeren Sterberisiko solle erlaubt werden, ihr normales Leben zu führen. Dadurch würde über natürliche Ansteckungen eine [Herdenimmunität](#) erreicht. Durch diese Strategie wären [Lockdown oder Shutdown](#) und die damit verbundenen [Kollateralschäden](#) vermieden worden. Das klingt nach Fachwissen und gesundem Menschenverstand. Aber scheinbar spielt der in Deutschland Zurzeit keine Rolle mehr.

Durch die katastrophalen wirtschaftlichen Auswirkungen der verfehlten Corona-Politik, wird Zurzeit das Vertrauen der Bürger in die Entscheidungen der Regierenden beispiellos untergraben und infrage gestellt. In den letzten beiden Jahren wurden dreistellige Milliarden Beträge verbrannt für Masken, ineffiziente Tests, für tonnenweise Sondermüll, für die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen ergebnisloser Lockdowns und letztendlich für die Spaltung der Gesellschaft.

Stellen wir uns vor, diese Milliardenbeträge wären nicht in die Kassen der großen Pharmakonzerne geflossen, sondern wir hätten sie in den öffentlichen Gesundheitsdienst investiert. Was hätten wir damit Nützliches und Nachhaltiges bewirken können. Zu keinem Zeitpunkt hätte damit die Gefahr der Überlastung des Gesundheitswesens bestanden.

Aber das alles ist nichts im Vergleich dazu, was wir gerade unseren Kindern und Jugendlichen antun. Der Altersgruppe die nachweislich am wenigsten durch das Corona-Virus gefährdet ist. Seit zwei Jahren gibt es keine kontinuierliche Schul- und Universitätsbildung. Wer sich die Mühe

macht, darüber mit Lehrern zu sprechen, wird bestätigt bekommen, dass sich die entstandenen Lücken schon jetzt kaum schließen lassen werden. Aber auch die Einschränkungen bis hin zum Verlust der ungestörten Lebensumwelt bewirken schwere Schäden der Persönlichkeitsentwicklung. Kinderpsychologen wissen ein trauriges Lied davon zu singen. Wie kann es hingenommen werden, Kinder und Jugendliche diesen Torturen weiter zu unterwerfen?

Wir müssen darüber reden, dass gravierende Nebenwirkungen der genverändernden Impfstoffe festzustellen sind. Die öffentlich zugänglichen Statistiken der Europäischen und auch der bundesdeutschen Gesundheitsbehörde verzeichnen inzwischen hunderttausende leichte bis sehr schwere Impfnebenwirkungen und tausende Todesfälle im Zusammenhang mit den Impfungen.

Ausnahmslos jeder, der sich das Recht herausnimmt, auf diese gravierenden Fehlentwicklungen hinzuweisen, egal ob renommierter Wissenschaftler, Mediziner oder einfache Bürger auf der Straße, wird von den Medien sofort diskreditiert und in die rechte Ecke gestellt. Die so oft gelobte und geforderte Streitkultur des freien Meinungsaustausches findet faktisch im Mainstream nicht mehr statt. Der mediale und politische Umgang mit den Spaziergängern, welche inzwischen zu hunderttausenden ihren Protest gegen die politischen Zwangsmaßnahmen auf die Straße tragen, ist dafür Beleg.

Wer sich wie die AfD-Fraktion im Magdeburger Stadtrat für die Meinungsfreiheit und für das verfassungsmäßig garantierte Grundrecht der Versammlungsfreiheit einsetzt, der geht mit auf die Straße und redet mit den Menschen, anstatt sie zu stigmatisieren. Wir haben volles Verständnis und unterstützen diese Bewegung des friedlichen

bürgerlichen Protestes. Denn wenn letztendlich nichts anderes hilft, ist viel Bewegung an frischer Luft gesund und ein wahrer Viruskiller.

Wir als AfD-Fraktion fordern die Regierenden in Bund, Land und Kommunen und ihre Helfer in den Medien auf, hören sie auf, die Menschen gegeneinander auszuspielen, hören sie auf, die Gesellschaft zu spalten, hören sie auf, den Diskurs unmöglich zu machen und hören sie auf, die öffentliche Meinung zu polarisieren. Beenden sie das mediale Brandmarken von Millionen Deutschen, die sich gegen eine Impfung entscheiden. Stoppen sie das Verleumden von Menschen und politischen Gruppen, die den ins Totalitäre gleitenden Regierungskurs kritisieren.

Wir fordern einen sofortigen Paradigmenwechsel in der Corona-Politik:

Die bisherige Strategie der Vermeidung jeder Infektion, das sogenannte Containment, ist aussichtslos. Gerade der milde Verlauf der Omikron-Infektion ermöglicht eine Strategie hin zur Protektion,

1. dass heißt dem Schutz der vulnerablen Gruppen vor schwerer Erkrankung.
2. Die ungezielte Kontaktverfolgung hat sich als Irrweg erwiesen und führte zu erfolgloser und ausufernder Quarantänisierung. Die Gesundheitsämter sollten stattdessen ein gezieltes Ausbruchsmanagement mit der Priorisierung auf effektiven Schutz vulnerabler Gruppen verfolgen.
3. Behördliche Quarantäneanordnungen für Kontaktpersonen werden ersetzt durch eigenverantwortliche Symptomkontrolle und Eigenquarantäne im Infektionsfall.

4. Eine Veränderung der Teststrategie. PCR-Tests werden ressourcenschonend und zielgerichtet im Bereich der medizinischen Versorgung und zur Diagnose von Erkrankungen verwendet.
5. Kinder und Schüler gehören nicht zu vulnerablen Personengruppen. Anlassloses Massentesten bei Kindern und Jugendlichen ist sofort zu beenden. Die Massentestung führt zu wirkungslosen und inflationären Quarantäneanordnungen.
6. Eine Impfpflicht ist grundsätzlich abzulehnen. Sie wäre ein gravierender Verstoß gegen das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und körperliche Selbstbestimmung. Im Gegenzug ist auf Eigenverantwortung und übliche Hygienekonzepte zu setzen. Die umfassende und objektive Aufklärung vor der Impfung ist mit einem verbindlichen ärztlichen Beratungsgespräch sicher zu stellen. Impfen kann vor schwerer Erkrankung schützen, aber nicht vor Infektion.

Wir fordern eine sofortige Aufhebung der inzwischen kaum noch zu durchschauenden und sich zum Teil widersprechenden Corona-Regeln. Diese haben sich nur als Wirtschafts- und Kulturkiller erwiesen und jeder Gewerbetreibende, Händler, Künstler oder Angestellter kann ein Lied von den unnützen Belastungen in Beruf und Familie singen. Meine Damen und Herren Stadträte, wir fordern die Regierenden auf, die derzeitige inkonsistente und zerstörerische Politik, die sie verfolgen, durch eine Politik des gesunden Menschenverstandes zu ersetzen.

Spanien betrachtet das Corona-Virus inzwischen als Grippeerreger. In England werden derzeit alle Corona-Beschränkungen nach und nach aufgehoben. Ebenso in Dänemark. In Tschechien ist eine Impfpflicht für bestimmte Personengruppen inzwischen wieder kassiert worden.

Wie vor allen Kommunalparlamenten kommen auch auf den Stadtrat von Magdeburg große Aufgaben zu, um die Folgen der desaströsen Corona-Politik zu überwinden und zum Normalbetrieb der Stadt zurückzufinden.

Wir werden über die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Politik für die Magdeburger Unternehmer sprechen müssen. Ihnen zu helfen und einen Weg zurück zur Normalität zu ebnen wird unsere Aufgabe sein. Erste Händler, wie zum Beispiel „Spiele Max“, welche die 2-G-Regel nicht mehr durchsetzen, haben schon eigenständig gehandelt. Gut so.

1. Wir werden über die finanziellen Folgen für den Städtischen Haushalt reden müssen. Insbesondere in Anbetracht des zu erwartenden weiteren Einbruchs der Gewerbesteuer aber auch einer bevorstehenden

Zinswende. Eine drastische Verteuerung aller Bauvorhaben kann man jetzt schon als gesichert ansehen.

Wir werden darüber reden müssen, wie wir die gesellschaftliche Spaltung und Diskriminierung politisch Andersdenkender in der Gesellschaft, aber übrigens auch hier im Stadtrat, überwinden können. Verschiedene politische Gruppierungen haben die Einrichtung von Runden Tischen angeregt. Ein Vorschlag, über den mach reden sollte.

Wir haben mit dieser aktuellen Debatte einen Ansatz für einen Corona-Politik-Wechsel geben wollen und freuen uns nun auf das , was von den anderen Fraktionen zu diesen wichtigen Themen zu sagen ist. Wie

immer wird sich die AfD-Fraktion konstruktiv und ergebnisoffen daran beteiligen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit